



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



forum integration

Themenfeld Wissenschaft

## **Abschlussbericht der Arbeitsgruppe**

**„Wissenschaft – weltoffen“**

**im Rahmen der Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>I.</b>	<b>Der Auftrag</b>	<b>S. 3</b>
<b>II.</b>	<b>Empfehlungen (Summary)</b>	<b>S. 5</b>
<b>III.</b>	<b>Die der Attraktivität und Internationalität des Studien- und Wissenschaftsstandortes Deutschland stärken</b>	<b>S. 9</b>
<b>IV.</b>	<b>Integration voranbringen: Potenziale von Bildungsinländern und zugewanderten Hochqualifizierten besser erschließen und fördern</b>	<b>S. 24</b>
<b>V.</b>	<b>Migrations- und Integrationsforschung stärken: Faktoren gelingender Integration untersuchen, Datenbasis verbessern</b>	<b>S. 34</b>
<b>VI.</b>	<b>Mitglieder der Arbeitsgruppe</b>	<b>S. 40</b>

## I. Der Auftrag

Weltoffenheit und Internationalität sind Voraussetzung und Markenzeichen wissenschaftlicher Exzellenz. Wissenschaft zeichnet sich durch Universalität und interkulturellen Dialog aus, durch weltweite Kooperation, Mobilität und Wettbewerb. Daher ist die Wissenschaft ein zentrales Handlungsfeld der Integrationsbemühungen der Bundesregierung und ihrer Partner, die gemeinsam den Nationalen Integrationsplan ausarbeiten und umsetzen.

Angesichts des demographischen Wandels und des wachsenden weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe müssen die Integrationspotenziale von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund besser erschlossen und auch die Zuwanderung Hochqualifizierter gezielter genutzt werden, damit Deutschland das Land der Ideen und Innovationen bleibt. Zuwanderung und Integration sind zwei Seiten einer Medaille. Die Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung profitiert davon ebenso wie das Innovations-, Wachstums- und Arbeitsplatzpotenzial von Unternehmen. Migranten tragen wesentlich zur geistigen und kulturellen Vitalität Deutschlands bei. Sie bereichern unsere Gesellschaft.

Die Arbeitsgruppe „Wissenschaft – weltoffen“ hat vor diesem Hintergrund Themenbereiche wie die Integration ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Situation und Perspektiven ausländischer Studierender und zugewanderter Hochqualifizierter, Fragen der Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Bildungsinländern sowie Aspekte der Entwicklung der Migrations- und Integrationsforschung bearbeitet. In vier Sitzungen wurden von AG-Mitgliedern erstellte Impulspapiere eingehend diskutiert, sie bilden die Basis des vorliegenden Berichts zum Nationalen Integrationsplan.

Die erarbeiteten Empfehlungen richten sich an öffentliche und private Akteure und werben für ein koordinierteres Vorgehen zur Verbesserung der Integration im Bereich der Wissenschaft und eine gezieltere Erschließung der Qualifikationspotenziale von Bildungsinländern.

Die Empfehlungen sind als Angebote und Erwartungen an die Bundesregierung, die Regierungen der Länder, die Kommunen, Akteure im Bereich von Migration und Integration sowie die Hochschulen, die Studierenden und die

Scientific Community formuliert, sich über ihr bisheriges Engagement hinaus stärker vernetzt und mit entsprechend abgestimmten Maßnahmen zu engagieren.

Die Arbeitsgruppe erklärt ihre Bereitschaft, den Umsetzungsprozess ihrer Empfehlungen aktiv zu begleiten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die Arbeitsgruppe koordiniert, sie wurde von Herrn Staatssekretär Michael Thielen geleitet.

## II. Empfehlungen

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind sich darin einig: Unsere Gesellschaft muss sich in der globalisierten Welt als High-Tech- und Ideenstandort behaupten. Dies gelingt nur, wenn unser Land auch für den internationalen wissenschaftlichen Nachwuchs attraktiv ist und Hochqualifizierte dafür gewinnt, ihre Kompetenz und Kreativität in die Entwicklung der wichtigsten Ressource unseres Landes – das Wissen – zu investieren.

Die Ausgangslage hierfür hat sich in den letzten Jahren verbessert:

- Die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland hat sich von ca. 50.000 im Jahr 1980 auf aktuell 250.000 nahezu verfünffacht. Von den Studierenden deutscher Hochschulen sind über 12,6% Ausländer bzw. haben einen migrationspezifischen Hintergrund. Mit Blick auf die Anzahl ausländischer Studierender belegt Deutschland damit hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien weltweit einen führenden Platz.
- Jährlich werden mehr als 21.000 ausländischer Wissenschaftler von deutschen Wissenschaftsorganisationen gefördert. Allein bei der Max-Planck-Gesellschaft sind 13,1 % der Beschäftigten Ausländer. In den anderen Wissenschaftsorganisationen sieht es ähnlich aus.
- Bundestag und Bundesrat haben im Rahmen der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung unterstrichen, die Begabtenförderwerke und die großen Mittlerorganisationen für die Internationalisierung von Studium, Wissenschaft und Forschung weiterhin zu fördern. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) - setzt dies im Rahmen laufender Maßnahmen mit einem jährlichen Finanzvolumen von mehr als 175 Mio. € um.

Die Arbeitsgruppe „Wissenschaft – weltoffen“ hat sich mit dieser Ausgangslage intensiv befasst und gelungene Internationalisierungs- und Integrationsmaßnahmen identifiziert. Hierzu zählen das Engagement der großen Mittlerorganisationen Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und aller deutschen Forschungsorganisationen. Zu nennen sind ebenso das Deutsche Studentenwerk (DSW), dessen Wohnangebote 35% der ausländischen Studierenden nutzt, sowie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Ot-

to-Beneke-Stiftung und weitere Stiftungen wie die VW-Stiftung, die Vodafone-Stiftung und die Hertie-Stiftung.

Angesichts der bisherigen Ergebnisse und des wachsenden Engagements gibt es gute Gründe, die gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken:

- Von den jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund, die in Deutschland aufgewachsen sind, finden noch viel zu wenige den Weg in die Hochschulen und die Wissenschaft.
- Ein erfolgreiches Studium schafft die Voraussetzung für eine nachhaltige Bindung - auch an den Standort Deutschland. Nach wie vor ist jedoch der Anteil ausländischer Studierender, die ihr Studium in Deutschland erfolgreich abschließen, zu gering. Deshalb sollten die Hochschulen – unterstützt durch die Politik und die Wirtschaft - durch spezielle Programme eine noch bessere Betreuung und Integration gewährleisten.
- Von den jungen Talenten, die in Deutschland ein Studium mit Erfolg abgeschlossen haben, bleiben zu wenige hier. Ende Juni 2006 haben sich insgesamt nur 1.225 Bildungsausländer mit einem deutschen Hochschulabschluss zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland aufgehalten. Hier ist die Politik – insbesondere bei der Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen – gefordert.

**Die Arbeitsgruppe legt folgende Empfehlungen vor:**

- Die von den Hochschulen, Studentenwerken, Mittlerorganisationen und Forschungseinrichtungen - mit Unterstützung der Bundes und der Länder – erfolgreich durchgeführten Maßnahmen zur Integration und Attraktivitätssteigerung sollten verstetigt und mit öffentlicher Unterstützung weiter ausgebaut werden. Privates Engagement, wie z. B. von zahlreichen Stiftungen vorbildlich gelebt, sollte gestärkt werden.

- Die Betreuung ausländischer Studierender und Forscher und ihrer Familien muss frühzeitiger ansetzen und intensiviert werden. Bewährte Vor-Ort-Strukturen sind mit öffentlicher Förderung auszubauen, best-practice-Beispiele zu verallgemeinern. Studierende und Wissenschaftler mit Migrationshintergrund sollten bei der Erarbeitung und Umsetzung von Betreuungsangeboten stärker beteiligt werden und selbst eine aktivere Rolle übernehmen. Berücksichtigt werden sollte dabei, dass die Attraktivität des Standortes für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch durch die erwarteten Perspektiven für ihre Familienangehörigen entschieden wird.
- Das Aufenthaltsrecht sollte flexiblere Zugangs- sowie Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Studierende, ausländische Absolventen deutscher Hochschulen und für Forscher schaffen, die Genehmigungspraxis sollte bundesweit harmonisiert und auf ein wissenschaftsstandort-freundliches Niveau gehoben werden.
- Die Möglichkeiten zur Mitnahme von Sozialversicherungsansprüchen – insbesondere von Ruhegehaltsansprüchen – über Grenzen hinweg, sollten zügig verbessert werden. Augenblicklich liegt hier ein bedeutendes Hemmnis bei der Anwerbung von ausländischen Forschern und Professoren und damit ein bedeutender Wettbewerbsnachteil für den Wissenschaftsstandort Deutschland.
- Der Erwerb der deutschen Sprache durch ausländische Studierende und Forscher sowie der Erwerb der deutschen Fachsprachlichkeit durch Bildungsinländer muss intensiviert werden, da die deutsche Sprache ein wichtiger Integrationsfaktor ist.
- Einer breiteren Öffentlichkeit sollte die Bedeutung des Wissenschaftsaustausches und der Anwesenheit ausländischer Studierender und Forscher in Deutschland intensiver nahe gebracht werden. Sie bereichern unsere Gesellschaft, ihre Forschungsergebnisse haben insgesamt positive und nachhaltige Auswirkungen auf das Beschäftigungssystem, sie können auch nach ihrem Deutschlandaufenthalt als „Ambassadors“ wirken. Entsprechende Alumninetze

sind daher zu initiieren und zu fördern.

- Für den langfristigen Erfolg Deutschlands als Wissensgesellschaft ist es unverzichtbar, die Bildungspotenziale von Bildungsinländern und Migranten verstärkt zu erschließen und die Möglichkeiten der Integration zugewanderter Hochqualifizierter mit ausländischen Bildungsabschlüssen zu erweitern. Der Anteil von Bildungsinländern, die studieren und eine wissenschaftliche Laufbahn anstreben, sollte deutlich erhöht werden – u. a. durch Erweiterung staatlicher und privater Fördermöglichkeiten.
- Für hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten sind - über bewährte Strukturen hinaus - neue Formen der Förderung und nachholenden Integration – u.a. durch neue gemeinsame Maßnahmen für Migranten und Deutsche - zu entwickeln.
- Die Migrations- und Integrationsforschung sollte sich praxisbezogener mit dem komplexen Bedingungs- und Wirkungsgefüge von Migration und Integration befassen und stärker die Faktoren und Wirkungen gelingender Integration herausarbeiten. Die empirische Datenbasis sollte deutlich verbessert werden.



### **III. Die Attraktivität und Internationalität des Studien- und Wissenschaftsstandortes Deutschland stärken**

#### **III.1. Ausländische Studierende und wissenschaftlicher Nachwuchs**

##### **Ausgangslage**

Dank der gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern, Hochschulen konnte sich Deutschland in den letzten Jahren auf dem internationalen Bildungsmarkt erfolgreich positionieren. Zwischen 1996 und 2006 ist der Anteil der ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben (so genannte „Bildungsausländer“) an deutschen Hochschulen um rund 80 Prozent gestiegen.

Das Potenzial ist allerdings noch nicht ausgeschöpft, was sich z.B. bei der internationalen Doktorandenausbildung in Deutschland mit einem Ausländeranteil an Absolventen (2004/2005) von 13,7 % im Vergleich mit den führenden Wettbewerbern Großbritannien (39 %), USA (33 %), aber auch Frankreich (36 %), zeigt.

Insgesamt weisen 250.000 Studierende (12,6%) der rd. 2 Millionen Studierenden in Deutschland eine ausländische Staatsangehörigkeit bzw. einen unmittelbaren Migrationshintergrund auf. Mit einer Gesamtzahl von 186.000 sind die meisten ausländischen Studierenden in Deutschland Bildungsausländer. Über die Hälfte von ihnen (96.000) stammt aus europäischen, ein Drittel (60.000) aus asiatischen Ländern. Weitere etwa 20.000 Bildungsausländer haben ihr Heimatland in Afrika und rund 10.000 in Nord- und Südamerika. Das Land, aus dem derzeit die meisten Studierenden nach Deutschland kommen, ist China. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der chinesischen Studierenden von etwa 5.000 auf aktuell über 25.000 erhöht. Frankreich stellt mit 5.000 Studierenden das quantitativ wichtigste westeuropäische Land dar.

Eine in den Jahren 2002 / 2003 durchgeführte Pilotstudie zum Ausländerstudium ergab, dass nur etwa 30-40 % der internationalen Studierenden ihr Studium in Deutschland erfolgreich abschließen (zum Vergleich: bei Deutschen etwa 70-80 %).

Die Ursachen für diese **Studienerfolgsprobleme** liegen vor allem in den Bereichen Leistungsanforderungen, Sprache und Rahmenbedingungen:

- Bei vielen internationalen Studierenden sind zu Studienbeginn wichtige Studienvoraussetzungen (Kenntnis des Hochschulsystems in Deutschland, Vertrautheit mit hochschulspezifischen Normalitätserwartungen und Umgangsformen sowohl mit anderen Studierenden als auch zwischen Studierenden und Lehrenden, hochgradig individualisierte Lernformen etc.) nur unzureichend entwickelt, und es gelingt ihnen häufig nicht, diese Defizite im Studienverlauf auszugleichen.
- Mangelnde Deutschkenntnisse stellen ein zentrales Problem des Ausländerstudiums dar – und zwar in allen Studienphasen.
- Vor allem findet die Kommunikation mit den deutschen Studierenden, die die soziale Integration ausländischer Kommilitonen befördert, nicht in ausreichendem Maße statt, was auch der Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ zur 17. Sozialerhebung zur sozialen und wirtschaftlichen Lage von Studierenden in Deutschland des DSW bestätigt. Aus diesem Bericht ist bekannt, dass erfolgreicher Studienverlauf und -abschluss auch durch die prekäre finanzielle Situation vieler Studierender – verschärft noch durch Wohnraumprobleme – gefährdet werden. Die Einführung von Studiengebühren könnte in Einzelfällen diese Situation verstärken, zumal Bildungsausländer aus nicht EU-/ EWR-Staaten bislang von der Vergabe von Studienkrediten ausgeschlossen sind.
- Die rechtlichen Rahmenbedingungen eines Studienaufenthalts werden maßgeblich durch das Zuwanderungsgesetz bestimmt, das deutliche Verbesserungen brachte. Gesetzlich festgeschrieben ist z.B. nunmehr, dass Studierende die Möglichkeit haben, 90 Tage ohne Zustimmung der Arbeitsverwaltung zu arbeiten und sie diese 90 Tage auch auf 180 halbe Tage aufteilen können.

Begrüßenswert ist, dass das Bundeskabinett eine Gesetzesinitiative zur Novellierung des Zuwanderungs- und Bleiberechts beschlossen hat, die auch die internationalen Hochschulabsolventen während der Arbeitssuche in diese Regelung einbeziehen soll, was die Chancen auf einen längerfristigen

Aufenthalt dieser Hochqualifizierten in Deutschland erhöht. Neuregelungen, die den Ersterteilungszeitraum der Aufenthaltserlaubnis verkürzen und eine noch strengere Prüfung der finanziellen Sicherheitsleistungen vornehmen, werden von der Arbeitsgruppe hingegen kritisch beurteilt.

### **Ziele und laufende Maßnahmen**

Die deutschen Hochschulen, Wissenschaftsorganisationen, Studentenwerke und Studierendenschaften haben in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um internationale Studierende möglichst schnell und nachhaltig zu integrieren.

In allen Bereichen und Phasen des Ausländerstudiums stehen Fragen der Qualitätssicherung, Erfolgskontrolle und Effektivitätssteigerung im Mittelpunkt - vom Bachelorstudium, das die internationalen Nachwuchskräfte frühzeitig an den Wissenschaftsstandort bindet, bis hin zur international strukturierten Doktorandenausbildung.

Besondere Herausforderungen für die Integration der internationalen Nachwuchskräfte bestehen dabei im **grundständigen Bereich**. Eine gelungene Integration während des Studiums und der Promotion ist Voraussetzung für die nachhaltige Bindung der internationalen Studierenden und Doktoranden an den Standort Deutschland. Gute soziale, wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für Leben und Studieren in Deutschland sind dabei ein wichtiger Faktor, ebenso wie die oft unterschätzten Bereiche Kultur und Sport. Diese bieten internationalen Studierenden die Möglichkeit, etwas von sich und ihrer Kultur an die deutschen und an andere internationale Studierende weiterzugeben. Es gilt die Förderung dieser Integrationsmaßnahmen zu verstetigen.

Gleichzeitig müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um geeigneten internationalen Studienabsolventen einen **weiteren Aufenthalt in Deutschland** zu ermöglichen. Nur so kann der zukünftige Bedarf an Nachwuchskräften gedeckt werden; gegenüber einer direkten Anwerbung aus dem Ausland sind die internationalen Hochschulabsolventen und Doktoranden, die an deutschen Hochschulen studiert und promoviert haben, bereits mit dem Leben in Deutsch-

land vertraut. Allerdings bedarf es spezieller Maßnahmen, um den Übergang ins Berufsleben in Deutschland zu erleichtern.

Die **Bundesregierung** unterstützt die Internationalisierung der Hochschulen mit **Förderprogrammen** aus Mitteln des **BMBF** und des **Auswärtigen Amtes (AA)**, um gastfreundliche Rahmenbedingungen für internationale Studierende und Nachwuchswissenschaftler zu schaffen und die Internationalisierung zu verstetigen:

- Das vom Auswärtigen Amt finanzierte **Programm STIBET** stellt den Hochschulen Betreuungs- und Stipendienmittel für Bildungsausländer zu Verfügung. Ein Teil der Programme zielt darauf ab, die Situation internationaler Studierender an den deutschen Hochschulen durch Einführungs- und landeskundliche Veranstaltungen, Fachtutorien und Maßnahmen zur sozialen Betreuung zu verbessern. Außerdem können die Hochschulen mit Stipendien Studierende kurz vor dem Studienabschluss fördern oder fortgeschrittene Studierende in die Betreuung ihrer Kommilitonen einbinden. Daneben existieren in einigen Bundesländern Sonderfonds zur Förderung internationaler Studierender an den jeweiligen Hochschulen.
- Ergänzend zu dieser bedarfsorientierten Grundversorgung im Betreuungsbe- reich haben die Hochschulen im Rahmen des BMBF- geförderten und vom DAAD durchgeführten „**Programms zur Förderung der Internationalisierung an den deutschen Hochschulen**“ (**PROFIS**) zahlreiche Modellprojekte entwickelt. Sie setzen mit mehrsprachigen Informationsportalen, Selbsttests zur Einschätzung der fachlichen Eignung und E-Learning-Angeboten für internationale Studieninteressierte bereits bei der Studienvorbereitung im Heimat- land an.
- Zur Verbesserung des Studienerfolgs tragen zielgruppenspezifische **Deutschkurse** und maßgeschneiderte (Fach-) **Propädeutika** für internationa- le Studienanfänger bei. Fachliche und soziale Betreuungsangebote gehen verstärkt auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen internationaler Studierender ein. Internationale Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler werden durch feste Betreuungspartner und Seminare zur deutschen Wissen-

schaftssprache und -kultur unterstützt. Durch Selbstverpflichtungen und individuelles Studienverlaufsmonitoring wird die aktive Integrationsleistung der Studierenden verstärkt eingefordert. Schließlich wirken Absolventen, die nach erfolgreich abgeschlossenem Studium in ihre Herkunftsländer zurückkehren, bei der Vorbereitung von Studienbewerbern vor Ort mit.

- Neben Maßnahmen an einzelnen Hochschulen wurden und werden zentrale Instrumentarien wie der **Sprachtest TestDaF** oder die **Arbeits- und Service-stelle uni-assist** und der Studierfähigkeitstest **TestAS** entwickelt, die allen Hochschulen zur Verfügung stehen. Sie helfen als wichtige Elemente der Qualitätssicherung im Ausländerstudium dabei, die passenden Studienangebote mit den passenden Studienbewerbern zusammenzubringen. Sie schaffen dadurch auch eine optimierte Ausgangslage für die erfolgreiche Integration im Studium.
- In der außeruniversitären Forschung tragen insbesondere **Research Schools** zur Gewinnung internationaler Doktoranden bei. So werden Research Schools der **Helmholtz-Gemeinschaft** in Englisch gehalten, die Doktorandenstellen werden weltweit ausgeschrieben mit dem Ergebnis eines Ausländeranteils von durchschnittlich 40 %. Die internationalen Doktoranden werden in ihrer täglichen Arbeit in internationale Forscherteams integriert und erhalten in den Forschungszentren eine umfassende Betreuung. In der Vernetzung zwischen außeruniversitären Forschungszentren und Hochschulen werden Forschungsprojekte gefördert, die explizit den Austausch von Doktoranden vorsehen.
- Einen wichtigen Beitrag zur Integration internationaler Studierender leisten seit Jahren auch die 58 **Studentenwerke** in Deutschland, die das **Deutsche Studentenwerk** (DSW) bei der Verbesserung gastfreundlicher Rahmenbedingungen für internationale Studierende sowie bei der Qualitätssicherung in der Beratung und Betreuung von Bildungsausländern in Deutschland unterstützt. 35 % der 180.000 Wohnheimplätze im Bereich der Studentenwerke sind von Bildungsausländern belegt. Das Informations- und Beratungsangebot der Studentenwerke umfasst den Einsatz von Tutoren in den Wohnheimen, „Service Center“ und „Info Points“ in den Hochschulen und mehrsprachige Internetseiten über die Studien- und Lebensbedingungen in Deutschland. Kontakt- und Patenprogramme sowie ein breites Freizeitangebot schaffen Begegnungs-

möglichkeiten für internationale und deutsche Studierende. In finanziellen Notlagen können die Darlehenskassen oder die Jobvermittlung der Studentenwerke weiterhelfen.

- Die vom BMBF geförderte **Servicestelle Interkulturelle Kompetenz beim Deutschen Studentenwerk** fördert mit ihren Handreichungen und Weiterbildungsangeboten die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter und Tutoren der Studentenwerke. Der regelmäßige Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ im Rahmen der Sozialerhebung zur sozialen und wirtschaftlichen Lage von Studierenden in Deutschland bietet für Hochschulen und Studentenwerke verlässliche Daten für die Planung und Gestaltung der Angebote für internationale Studierende.
- Viele und stetig steigende Maßnahmen zur Integration internationaler Studierender werden ebenso von den **Studierendenschaften** durchgeführt, deren Maßnahmen von Ausländer/Innen-Rechtsberatung bis zu Zuschüssen für unverschuldet in Not geratene internationale Studierende reichen. Als Vertretung der deutschen und internationalen Studierenden sollten die Studierendenschaften allerdings aktiver als bisher in die Internationalisierung miteinbezogen werden, vor allem in Hinblick auf institutionelle Kooperation und Zusammenarbeit.

## Handlungsempfehlungen

Die **Bundesregierung** setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür ein, die Hochschulen und Mittlerorganisationen bei ihren Aktivitäten zur dauerhaften Gewinnung von mehr „High potentials“ zu unterstützen.

- Für die weltweit stark umworbene Gruppe **mobiler Studierender** mit gutem ersten Abschluss bieten deutsche Hochschulen noch zu wenige oder auch zu wenig profilierte Studienangebote an. Diese Studierende sind häufig in der Lage und bereit, die Kosten eines (Aufbau-) Studiums selbst zu tragen, erwarten jedoch inhaltlich, sprachlich und strukturell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebote. Diese Angebote werden zunehmend auch „vor Ort“, also in den Regionen nachgesucht, in denen die Hauptnachfrage entsteht.

- Internationale Studierende und Doktoranden sollten eine verstärkte Förderung durch **Stipendien** erhalten, wie dies auch im Ausland selbstverständlich ist. Dafür sollten mit öffentlichen Mitteln Anreize geschaffen werden, aber auch die Wirtschaft sollte sich hier im wohlverstandenen Eigeninteresse noch deutlicher engagieren. Schließlich haben Hochschulen in vielen Bundesländern bereits jetzt oder in naher Zukunft die Möglichkeit, aus ihren Einnahmen leistungsbezogene Stipendien auszuloben.
- Der **DAAD** setzt sich für eine **Weiterentwicklung des Programms PROFIS** ein mit dem Ziel einer **verstärkten Einbindung deutscher Studierender bei der Integration** internationaler Kommilitonen. Konzeptionell muss dazu im Bereich professioneller und ehrenamtlicher Beratung und Betreuung internationaler Studierender weitergedacht und die Mitwirkung der deutschen Kommilitonen an integrationsfördernden, hochschulnahen Orten verstärkt werden.
- Das deutsche **Promotionssystem** muss für internationale Bewerberinnen und Bewerber stärker geöffnet werden. Denn trotz des Zuwachses an internationalen Studierenden stagniert der Anteil internationaler Doktorandinnen und Doktoranden an deutschen Hochschulen.
- Das internationale Profil deutscher Hochschulen sollte ausgebaut werden. Seit 1989 fördert der **DAAD** im Rahmen von Lehraufenthalten an deutschen Hochschulen längerfristige **Gastdozenturen** ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Zahlreiche deutsche Hochschulen nutzen seitdem dieses Instrument erfolgreich, um u.a. das Lehrangebot ihrer Studiengänge unter fachlichen, methodischen und fremdsprachlichen Aspekten zu erweitern. Zugleich erweisen sich die ausländischen Gastdozentinnen und Gastdozenten als wichtige Multiplikatoren, z.B. beim Ausbau und bei der Pflege der internationalen Beziehungen ihrer deutschen Gasthochschule sowie für die Motivation ausländischer Studierender zum Studium in Deutschland. Dennoch liegt der Anteil des ausländischen Lehrpersonals erst bei 8,24%, bei Professoren noch niedriger. Hier wäre eine Erhöhung sehr wünschenswert und würde auch wesentlich zur Integration ausländischer Studierender beitragen.
- Neben den Studienangeboten im Inland sollten auch die **Studienangebote**

**im Ausland** vergrößert werden. Viele internationale Studierende wollen von der Ausbildungsqualität und dem Renommee der Abschlüsse von Spitzenhochschulen profitieren, können oder möchten dazu aber (zunächst) nicht ins Ausland gehen. Daher bieten britische, australische und amerikanische Hochschulen ihre Studiengänge zunehmend auch „vor Ort“, also direkt in den Abnehmerländern, an. Die Anbieter erreichen damit zusätzliche Studierende (und Einnahmen), demonstrieren ihre Qualität und ziehen so auch mehr Kandidatinnen und Kandidaten für ein späteres (Graduierten-) Studium an der „Mutterhochschule“ an.

- **International Studierende und Doktoranden** müssen aktiver an Auswahl, Konzeption und Ausgestaltung von Integrationsmaßnahmen beteiligt und in diese gestaltend eingebunden werden. An den Hochschulen und in den Studierendenschaften sollte die Partizipation internationaler Studierender und Doktoranden gefördert und entsprechende Modelle unterstützt werden.
- Studienbegleitende **Tandem-Coaching-Programme**, wie sie etwa durch Initiative einer gemeinnützigen Stiftung in den USA (Bsp. POSSE-Foundation) für Studierende aus benachteiligten ethnischen Gruppen angeboten werden, könnten für Deutschland Vorbildfunktion haben.
- Darüber hinaus könnte der von international Studierenden und Mitarbeiter/Innen wahrgenommenen kulturellen Differenz durch ein neu zu implementierendes **Hilfskräfteprogramm bei den Studentenwerken** begegnet werden, das Betroffene gezielt zu Akteuren macht. Vorbild wäre hier das zwischenzeitlich abgeschlossene **Tutorenprogramm von Robert-Bosch-Stiftung und DSW**, in dessen Rahmen international Studierende (meist) kulturelle Projekte für deutsche und international Studierende entwickelten und durchführten.
- **Fachschaften und Fachschaftsräte** sollten verstärkt motiviert werden, die Integration internationaler Studierender bei Ihren Aktivitäten zu berücksichtigen. Der **Bundesverband ausländischer Studierender (BAS)** schlägt vor, Studierende, die sich aktiv in der Integration internationaler Studierender engagieren, mit entsprechenden Leistungspunkten zu honorieren.



- **Hochschulen, Studentenwerke, Studierendenverbände, Studierendenschaften, Ausländerbehörden und weitere Akteure** arbeiten vielerorts bereits in ‚**Runden Tischen**‘ gemeinsam an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für internationale Studierende. Solche Kooperationen sind – auch zusammen mit Vertretern weiterer kommunaler Stellen oder Unternehmen – auszubauen, um die Akteure vor Ort für die Sichtweise der jeweils anderen Beteiligten zu sensibilisieren, so zügige und praktikable Entscheidungen zum Wohle aller zu befördern und gemeinsam Handlungsstrategien für neue Aufgaben zu entwickeln.
- Die Erbringung des **Finanzierungsnachweises** wird bundesweit von den Ausländerbehörden unterschiedlich gehandhabt. Die von verschiedenen Ausländerbehörden verlangten Beträge differieren um bis zu 600 Euro pro Monat, was auf das Jahr gerechnet einen Unterschied von 7.200 Euro ausmacht. Auch die Nachweiszeiten gehen weit auseinander. Die Umsetzung der EU-Studentenrichtlinie sollte hier klare, einheitliche und studierendenfreundliche Vorgaben für die behördliche Praxis machen, damit Bildungsausländer verlässlich planen können.
- Fast die Hälfte aller Bildungsausländer lebt in einem **Studentenwohnheim**, für den überwiegenden Teil ist dies auch die bevorzugte Wohnform. Da die Studentenwerke oftmals den einzig bezahlbaren Wohnraum bieten, stellen Bildungsausländer an manchen Standorten über 50 % der Bewohnerschaft. Um eine zentrale Grundbedingung für gelingende Integration zu schaffen, ist der Ausbau an Wohnheimplätzen dringend erforderlich. Dabei sollte bei der Vergabe der Wohnraumplätze gezielt auf eine integrationsfördernde Zusammensetzung der Bewohner geachtet werden.

## III.2 Integration ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

### Ausgangslage

Für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die deutschen Forschungsorganisationen erstreckt sich die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf fast alle Länder dieser Erde, insbesondere auf die USA, China, Russland und Indien. Wissenschaft ist ein internationales Phänomen und somit per se integrationsstiftend, allein schon durch die Sprache Englisch als Lingua Franca der Wissenschaft. Die jährlich von HIS und DAAD herausgegebene Studie "Wissenschaft weltoffen" verzeichnet dass 2004 mehr als 21.000 ausländischen Wissenschaftler von deutschen Wissenschaftsorganisationen gefördert wurden, die Zahl der tatsächlich in Deutschland tätigen ausländischen Wissenschaftler ist jedoch weitaus höher. Wissenschaft lebt von der Kommunikation und Kooperation mit internationalen Partnern. Hochschulen und Forschungsorganisationen stehen im weltweiten Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und haben langjährige Erfahrungen in der konkreten Integration von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern:

Die **Max-Planck-Gesellschaft** (MPG) zeichnet sich dadurch aus, dass sie in ihren Instituten Wissenschaftlern auf allen Karriereebenen attraktive und wettbewerbsfähige Forschungs- und Arbeitsbedingungen bietet. Max-Planck-Institute sind grundsätzlich international ausgerichtet und mit Partnerinstitutionen weltweit vernetzt. Diese Voraussetzungen sichern einen steten Zustrom exzellent ausgebildeter Forscher aus aller Welt. Darüber hinaus werden internationale Fachkonferenzen genutzt, um Spitzenkräfte auf eine mögliche Tätigkeit an einem Max-Planck-Institut hin anzusprechen. Max-Planck-Institute unterhalten jedes Jahr über 1300 größere internationale Kooperationen, vor allem mit Partnern in den forschungsstarken Ländern Westeuropas, in Israel, den USA, Japan und China. Fast 5.000 ausländische Gastwissenschaftler arbeiten heute an Max-Planck-Instituten. Umgekehrt findet man Max-Planck-Wissenschaftler als Gäste in Forschungsinstituten auf der ganzen Welt. Dieses Engagement ist Garant für eine führende Rolle der Max-Planck-Gesellschaft im internationalen Wettbewerb. Ein Viertel der MPI-Direktoren sind Ausländer und zunächst als wissenschaftliche Mitglieder in die MPG integriert. Vielerorts nehmen sie auch regen Anteil am örtlichen gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die Integration aus-

ländischer Wissenschaftler in spielt auf individueller und lokaler Ebene eine wichtige Rolle, auch wenn wir gerade bei jüngeren Wissenschaftlern nur von einer "vorübergehenden Integration" sprechen können, denn die meisten kommen mit Stipendien zu uns oder haben nur befristete Arbeitsverträge. Die Betreuung von ausländischen Spitzenwissenschaftlern ist ein wichtiges Element in der Integration. Es gibt fast in jedem Institut Gästebetreuer/innen, die im Vorfeld, zu Beginn und während eines Forschungsaufenthaltes durch frühe Kontaktaufnahme, aktive Unterstützung bei Behördengängen, Banken etc. und durch laufende Betreuungsmaßnahmen wie z.B. im Rahmen von "Tutorien" für Ausländer unseren ausländischen Wissenschaftlern und ihren Partnern und Familien individuell abgestimmte Integrationshilfen bieten.

Für die **Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren** (HGF) ist die internationale Zusammenarbeit als "Essential" ihrer Arbeit von strategischer Bedeutung. Die HGF ist mit 25.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 15 Forschungszentren und einem Jahresbudget von rund 2,3 Milliarden Euro die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands. Die internationale Zusammenarbeit in den Helmholtz-Zentren gründet sich auf eine lange Tradition und hat sich über Jahrzehnte hinweg vielgestaltig entwickelt. Sie reicht von der klassischen Zusammenarbeit zwischen individuellen Wissenschaftlern bis hin zu strategischen Kooperationen, vom Gastwissenschaftler austausch bis hin zum Aufbau und Betrieb von Großgeräten in internationaler Arbeitsteilung. In Parallelität zu den Versuchen, deutsche Wissenschaftler, die ins Ausland gegangen sind, zurück zu gewinnen bzw. in Deutschland zu halten, stoßen die HGF-Zentren bei der Rekrutierung ausländischer Spitzenwissenschaftler oft an die Grenzen der Rahmenbedingungen, die in Deutschland gelten. In den Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft arbeiteten 2004 3712 ausländische Wissenschaftler. Den größten Teil bildeten die Gastwissenschaftler (1848), gefolgt von Wissenschaftlern (753) und Graduierten (700). Daneben waren 362 ausländische Postdocs in der Helmholtz-Gemeinschaft und 49 Ausländer mit einem sonstigen Status. Die Aufenthaltsdauer ausländischer Wissenschaftler in der Max-Planck-Gesellschaft variiert zwischen bis zu drei und mehr als 36 Monaten.

Für die **Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz** (WGL) sind

internationale Kooperationen und Netzwerke besonders wichtig. Ein Beleg dafür ist zum Beispiel die hohe Zahl ausländischer Gastwissenschaftler, die in Leibniz-Instituten forschen. Zu den Besonderheiten der Leibniz-Gemeinschaft innerhalb der deutschen Forschungslandschaft und deren internationalen Tätigkeiten gehören das DAAD-Leibniz-Stipendienprogramm.

Studien und Erfahrungen dieser Wissenschaftsorganisationen zeigen, dass Forscher, die international mobil sind, insbesondere in den folgenden Punkten auf **Schwierigkeiten** stoßen:

- In einem anderen Land verbrachte **Forschungszeiten** werden nicht immer in angemessener Form auf die weitere Karriereentwicklung angerechnet.
- Die **arbeits- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen** entsprechen nicht immer den Erfordernissen der Wissenschaft.
- Mobilität zwischen verschiedenen Ländern kann zu Schwierigkeiten beim Aufbau von Ansprüchen im Bereich der **Sozialversicherung** führen.
- Problematisch sind vielfach die Perspektiven für die (nachziehenden) **Familien** der Wissenschaftler mit Blick auf passende international orientierte Kindergärten und Schulen für die Kinder oder Arbeitsmöglichkeiten für (Ehe-) Partner.
- Das Vorurteil der "**Ausländerfeindlichkeit**" in Deutschland kann dazu führen, dass Forscher aus dem Ausland den Eindruck gewinnen, nicht immer willkommen zu sein. Eine Untersuchung der **der Alexander von Humboldt-Stiftung** nach Abschluss ihres Aufenthalts zeigt allerdings, dass nur eine verschwindend geringe Zahl von Stipendiaten während ihres Aufenthaltes tatsächlicher Xenophobie begegnet ist.

### **Ziele und laufende Maßnahmen**

Ein wesentliches Ziel liegt in der Gewinnung von deutlich mehr hoch qualifizierten ausländischen Wissenschaftlern und Lehrenden. Hier haben die deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich Nachholbedarf, was in ähnlicher Form auch für einige der außeruniversitären Forschungseinrichtungen zutrifft. Im Ver-

gleich zu den eingangs erwähnten Erfolgen bei der Rekrutierung von ausländischen Studierenden ist die Zahl ausländischer Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen zu gering – andere Länder sind hier erheblich besser. Lernen lässt sich von den Max-Planck-Instituten, die nicht nur auf Arbeitsebene (etwa 2/3 aller Postdoktoranden sind Ausländer), sondern auch auf der Leitungsebene stark internationalisiert sind -(mehr als ein Viertel der 262 Institutsdirektoren bzw. -direktorinnen der **Max-Planck-Gesellschaft** besitzt eine ausländische Staatsbürgerschaft). Ein zentrales Element für die Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Professorinnen und Professoren ist die Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen, insbesondere der Ruhegehaltsansprüche. Mit der europäischen Forschercharta und dem Kodex für die Einstellung von Forschern ist eine wichtige Diskussion angestoßen worden, die mittelfristig zur Schaffung der für die uneingeschränkte Portabilität notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen führen muss.

- Um ausländische Forscher dauerhaft für Deutschland zu gewinnen, bedarf es der Integrationsbemühungen während aller Phasen ihres Aufenthaltes und schon davor. Eine zentrale Rolle kommt in diesem Kontext den Ausländerbehörden zu, mit denen frühstmöglich vor Ort die Zusammenarbeit gesucht und gemeinsam Konzepte für eine positive Aufnahme der Wissenschaftler erarbeitet werden sollten.
- Nachhaltig erfolgreich war der von der **AvH** ausgelobte und dreimal verliehene **Preis für die freundlichste Ausländerbehörde**, der bundesweit große Aufmerksamkeit hervorgerufen und zur größeren Sensibilisierung der Ausländerbehörden beigetragen hat.
- Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen an Universitäten trägt jüngst auch ein von der **Deutschen Telekom Stiftung, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und der Alexander von Humboldt-Stiftung** gemeinsam durchgeführter **Wettbewerb „Welcome Center für international mobile Forscher“** bei, durch den Modelle für die optimale Unterstützung von Forschern geschaffen werden. Der Wettbewerb dokumentiert, dass zu einer exzellenten Universität nicht nur herausragende Forschung, sondern auch eine Struktur für die Betreuung international mobiler Forscher gehört.

- Gute Erfolge zeitigen die Programme zur Information und Erstberatung von mobilen Forschern. Das im Rahmen des EU-weiten Projektes "**Netzwerk von Mobilitätszentren**" (**ERAMORE**) bei der **Alexander von Humboldt-Stiftung** angesiedelte **Deutsche Mobilitätszentrum** gibt über eine Bandbreite von Themen (von Stipendienangeboten über Steuern bis Sozialversicherung) Auskunft. Ein damit verbundenes Netzwerk von "Forscherberatern" unterstützt vor Ort die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen tätigen ausländischen Forscher.
- **Die Bundesregierung** unterstützt das **weltweite Forschungsmarketing** der Mittlerorganisationen, u.a. über Internetplattformen und Veranstaltungen, um interessierten Wissenschaftlern Möglichkeiten zu bieten, sich vorab und vor Ort über Rahmenbedingungen des Lebens und Arbeitens in Deutschland zu informieren. Dabei findet ein wichtiger Teil der Erstkontakte durch persönliche Gespräche zwischen deutschen und ausländischen Forschern statt. Seit 2001 fördert das **BMBF** Maßnahmen des Forschungsmarketings und verstärkt diese Aktionslinie seit 2005; mit der Durchführung sind der **DAAD** und das **Internationale Büro des BMBF** in enger Partnerschaft mit Forschungs- und Förderorganisationen betraut.
- Zu den wichtigen Faktoren der Attraktivität des Forschungsstandorts Deutschland zählt der **Aufbau von internationalen Netzwerken**, d.h. der Gewinnung möglicher Multiplikatoren, die nicht dauerhaft in Deutschland bleiben, sondern als "Ambassadors" für Deutschland tätig sind. So haben **AvH** und **DAAD** mit der Vergabe von Stipendien an Studierende, Doktoranden und hoch qualifizierten Wissenschaftlern und dem Aufbau eines weltweiten **Alumninetzwerkes** dazu beigetragen, dass Deutschland und die deutsche Forschungslandschaft im Ausland positiv gesehen werden.

### **Handlungsempfehlungen**

- Es bedarf neuer und konzentrierter **Rekrutierungsmaßnahmen** im Ausland, um qualifizierte Wissenschaftler für einen Aufenthalt in Deutschland zu gewinnen. Diese Rekrutierungsmaßnahmen müssen von Beginn an so angelegt sein, dass ihnen intensive Betreuungselemente und Integrationsper-

spektiven immanent sind. Dies bedeutet u. a., dass Wissenschaftlern der dauerhafte Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt nicht nur erleichtert, sondern auch zugesagt werden kann.

- Dabei muss sich die **Integration auch auf die Partner und Familien** der ausländischen Studierenden und Forscher **beziehen**.
- Das **Forschungsmarketing sollte verstetigt** und auf eine breite konzeptionelle und strukturelle Basis gestellt werden. Im wachsenden Wettbewerbsdruck und der zunehmenden Konkurrenz um die "besten Köpfe", um finanzielle Ressourcen und das weltweit verfügbare Wissen muss sich der Forschungsstandort Deutschland noch sichtbarer, noch kohärenter und noch zielgerichteter darstellen. Eine klare thematische Schwerpunktsetzung im Zusammenhang mit einer regionalen Strategie muss darauf abzielen, Nachwuchskräfte für Deutschland zu interessieren, sie für die Mitarbeit in deutschen Einrichtungen zu gewinnen und ihnen eine - zumindest zeitweise - Lebens- und Berufsperspektive aufzuzeigen.
- In Umsetzung der Europäischen Forschercharta und des Codes für die Rekrutierung von Forschern sollten durch gesetzgeberische Maßnahmen die Möglichkeiten für die **Anerkennung von Arbeitszeiten** für den weiteren Karriereverlauf und im Hinblick auf die Altersvorsorge von international mobilen Forschern optimiert werden.
- Gehälter und sonstige Leistungen sollten flexibel verhandelbar sein, um auch exzellente Wissenschaftler von Weltruf nach Deutschland holen bzw. hier halten zu können. Ebenso müssen starre Fristenregelungen oder Altersbeschränkungen fallen oder zumindest flexibilisiert werden.
- Beim **Ehegattennachzug** sollten die verschiedenen Gruppen von Ausländern differenzierter betrachtet werden. Vor allem im Fall von hoch qualifizierten Wissenschaftlern ist zu bedenken, dass deren Anwerbung nur bei einer großzügigeren Nachzugsgewährung für die Ehepartner aussichtsreich sein wird.
- Für alle ausländischen Studierenden und Wissenschaftler gilt, dass die deutsche Sprache ein wichtiger Integrationsfaktor ist. Das Erlernen der deutschen Sprache sowie die dauernde Pflege **deutscher Sprachpraxis** schafft

die Bedingungen für eine gute Eingliederung ausländischer studierender Wissenschaftler und ihrer Familien. Entsprechende Sprachkurse sollten daher angeboten und intensiv wahrgenommen werden.

- Ausländerfeindliche Vorfälle festigen das Vorurteil, Deutschland sei ein fremdenfeindliches Land. Daher sollte es **Aufklärungs- und Werbekampagnen** – etwa nach dem Vorbild der **START-Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung** - geben, die zur positiven Einstellung gegenüber Ausländern in Deutschland führen.

#### **IV. Integration voranbringen: Potenziale von Bildungsinländern und zugewanderten Hochqualifizierten besser erschließen und fördern**

##### **IV.1 Bildungsinländer und Studium**

**Deutschland braucht nicht weniger, sondern deutlich mehr Menschen mit erstklassiger Bildung und hochwertigen Qualifikationen.** Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland ein Studium aufnehmen, bzw. eine berufliche Karriere in der Wissenschaft anstreben, deutlich steigt.

##### **Ausgangslage**

Der erste **Nationale Bildungsbericht** hat gezeigt, dass bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein bislang ungenutztes Potenzial liegt. Allein in der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen könnte es mehr als 120.000 Hochschulabsolventinnen und –absolventen mehr geben, wenn Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer ebenso wie die gleichaltrige deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund gleiche Chancen in Schule und Hochschule hätten nutzen können. Wenn ein Fünftel von ihnen ein technisches Fach studiert hätte, gäbe es heute in dieser Altersgruppe 24.000 Ingenieurinnen und Ingenieure mehr.

Die tatsächliche **Bildungsbeteiligung** junger Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund ist dabei je nach Herkunftsland unterschiedlich:



- Aus dem Bericht 2005 der Migrationsbeauftragten geht hervor, dass (im Schuljahr 2002/2003) 40,6 % der Jugendlichen mit spanischer Staatsangehörigkeit eine Schule besuchten, auf der eine Hochschulreife erworben werden kann (Gymnasium, Gesamtschule), während dies nur für 27,1 % der türkischen und sogar nur für 22,6 % der italienischen Jugendlichen zutrifft.
- Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 35 Jahren weist der Nationale Bildungsbericht auf der Basis von Daten des Mikrozensus 2005 aus, dass knapp 14,4 % der Türcinnen und Türken über eine Hochschulreife verfügen, während die Anteile bei Angehörigen sonstiger ehemaliger Anwerbestaaten mit 27,3 % und bei Spätaussiedler/innen mit 30,5 % deutlich darüber liegen. Bei Personen der entsprechenden Altersgruppe aus den übrigen Herkunftsregionen ist der Anteil sogar höher als bei den Deutschen dieser Altersgruppe ohne Migrationshintergrund mit 39,3 %.
- Unterschiede ergeben sich auch mit Blick auf die Geschlechterverteilung. Der Bericht 2005 der Migrationsbeauftragten belegt, dass der Anteil der ausländischen Schülerinnen, die mit dem Schulabschluss eine Hochschulreife erworben haben, mit 12,1 % deutlich über dem der Schüler mit 8,5 % liegt. Hierzu stellt der Bericht weiter fest, dass gerade junge Migrantinnen sich durch eine hohe Bildungsmotivation auszeichnen.
- Die **Übergangsquote von Bildungsinländern mit Hochschulzugangsberechtigung** zu den Hochschulen liegt mit 75 % **höher als bei den Deutschen** ohne Migrationshintergrund (70 %), und zwar gilt das sowohl für die Angehörigen von Anwerbestaaten als auch für die „anderen Staaten“. Die Unterschiede bei den Übergangsquoten weisen auf die Bedeutung des Bildungsabschlusses der Eltern hin: der Anteil der Eltern mit Hochschulabschluss ist bei den Studierenden aus „anderen Staaten“ mit 55 % deutlich höher als bei den deutschen mit 45 %; dagegen beträgt er bei den Studierenden aus Anwerbestaaten nur 9 %.

Der Eintritt in den Hochschulbereich findet bei BildungsinländerInnen zu einem höheren Anteil an **Fachhochschulen** statt; 31 % (aus Anwerbestaaten sogar 35 %) immatrikulieren sich an einer Fachhochschule (der Anteil bei den deutschen beträgt nur 26 %). Dies reflektiert auch den Umstand, dass mit 21 % ein deutlich höherer Anteil der Bildungsinländer über eine Fachhochschulreife ver-

fügt, als das bei den jungen Deutschen mit 12 % der Fall ist. Die Fachhochschulen leisten also einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Mobilität der Bildungsländer in Deutschland.

Markant ist, dass der **Anteil von Frauen** an den Studierenden in den letzten Jahren zwar kontinuierlich und rasanter zugenommen hat, aber noch vier bis fünf Prozentpunkte unter dem Frauenanteil der deutschen Studierenden liegt. Der Bericht 2005 der Migrationsbeauftragten stellt dazu - auch mit Blick auf die berufliche Bildung - fest: „Die Benachteiligung bei der beruflichen Qualifizierung von ausländischen jungen Frauen setzt sich somit trotz besserer Schulabschlüsse auch in der Hochschule fort“. Der Anteil der Migrantinnen der zweiten und dritten Generation (d.h. der nicht persönlich Zugewanderten), die eine Hochschulreife erworben haben, beträgt 27,3 %; mit 9,1 % weist gerade mal ein Drittel der Studienberechtigten dieser Bevölkerungsgruppe einen Hochschulabschluss auf. Bei den Migranten der zweiten und dritten Generation betragen die Anteile 27,5 % (Hochschulreife) bzw. 11,4 % (Hochschulabschluss).

### **Ziele und laufende Maßnahmen**

Angesichts drastisch rückläufiger Zuwanderungszahlen rückt die Gruppe der ‚unberücksichtigten‘ Zuwanderer und ihrer Familien in den Mittelpunkt politischen Handelns. Daraus abgeleitete Programme müssen sowohl nachhaltig wie auch „nachholend“ wirken.

Aus den vorgelegten Daten geht ebenso hervor, dass es in Deutschland unter den Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund - neben Gruppen mit hervorragenden Bildungserfolgen - ein **großes unausgeschöpftes Potenzial von Begabungen** gibt, das zum Vorteil der betreffenden Individuen selbst, aber auch für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland insgesamt besser erschlossen und aktiviert werden muss.

Auch wenn wesentliche Teile der Bemühungen im Elementar- und Primärbereich sowie in der Sekundarstufe I erfolgen müssen, steht auch der Hochschulbereich in der Pflicht.

## Handlungsempfehlungen

- Ein erheblicher Anteil der Studienberechtigten mit Migrationshintergrund macht von den bestehenden **Studienmöglichkeiten** keinen Gebrauch. **Die Bundesregierung** wird daher im Rahmen ihrer Zuständigkeit prüfen, durch welche neuen Maßnahmen Bildungsinländer für die Fortsetzung ihrer Qualifikation motiviert und stärker unterstützt werden können. Das bezieht sich auf Programme nach dem Beispiel von „Widening Participation“ und „Aim-higher“ in Großbritannien, die auf eine stärkere Bildungsbeteiligung von Personen aus sozial benachteiligten Bezirken zielen. Bei Erfolg dieser Bemühungen wird nicht nur das Fachkräftepotential in Deutschland gestärkt, sondern auch der Grundstein für bildungsmotivierte Elternhäuser gelegt, die von zentraler Bedeutung für den Bildungserfolg der Kinder sind.
- Besonders positiv zu bewerten sind **private Initiativen** zur Förderung besonders begabter Studierender mit Migrationshintergrund. Ein Beispiel dafür ist das „Chancen“-Programm der **Vodafone Stiftung**, das begabten Jugendlichen mit Migrationhintergrund das Studium an einer privaten Hochschule (Kooperationspartner sind z.Zt. **Bucerius Law School, European Business School, WHU und Jacobs University Bremen**) ermöglicht.
- Für Studierende, deren Familien aus ehemaligen Anwerbestaaten stammen und die als erste Generation den Zugang zu einer Hochschule geschafft haben, sollten an den Hochschulen **Beratungs-, Betreuungsangebote und Coaching-Programme** eingerichtet werden, die den Studienverlauf begleiten und frühzeitig Hilfe bei Problemen im Studium anbieten. Auch hierfür gibt es ausländische Beispiele, etwa die Posse-Foundation in den USA, die Studierenden aus ethnischen Minoritäten mit hohem Bildungspotential und sozialem Engagement hilft, im Hochschulmilieu zurecht zu kommen, indem ihnen ein bereits erfahrener Studierender zur Seite gestellt wird und langfristige Lerngruppen mit Personen gleicher Sozialisationserfahrungen gebildet werden.
- **Die Bundesregierung** beabsichtigt im Rahmen **der 22. BAföG-Novelle** die **Ausdehnung der Förderungsberechtigung** auf junge Ausländer. In die Förderung sollen dabei vor allem diejenigen einbezogen werden, die über

ein dauerhaftes Bleiberecht verfügen oder sich schon länger in Deutschland aufhalten (Bildungsinländer) oder jedenfalls eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Eine parallele Änderung des SGB III sichert dies zugleich auch für den Bereich der Berufsausbildungsbeihilfe (ebenfalls im Rahmen des 22. BAföG-Novelle).

- Im Vorgriff auf diese BAföG-Änderung hat das BMBF ab Janura 2007 jungen Ausländern die Möglichkeit eröffnet, sich bei den **Begabtenförderwerken** zu bewerben.
- Es sollten mehr Studiengänge oder –schwerpunkte angeboten werden, die inhaltlich auf die Erfahrungen, Sprachkenntnisse und ggf. weitere besondere Kompetenzen der Studierenden mit Migrationshintergrund eingehen und auf die spätere Verwendung in der Berufstätigkeit vorbereiten, etwa in den Bereichen Lehramt und Sozialpädagogik sowie in der migrationsspezifischen wissenschaftlichen Forschung.

## IV.2 Integration hochqualifizierter Zugewanderter

Über große Potenziale verfügt auch die Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer, die in den letzten 16 Jahren meist aus osteuropäischen Ländern nach Deutschland kamen und deren Integration trotz hoher, vielfach wissenschaftlicher Qualifikation in weiten Teilen nicht unproblematisch verläuft.

### Ausgangslage

Zu dieser Gruppe gehören in der überwiegenden Mehrzahl **jüdische Immigrantinnen und Immigranten** sowie **Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler**, die noch bis Mitte der 90er Jahre aus unterschiedlichen osteuropäischen Ländern (vornehmlich Rumänien, Polen und ehemalige UdSSR) und seit Ende der 90er Jahre nahezu ausschließlich aus den GUS-Ländern nach Deutschland gekommen sind. Es handelt sich um einen hochqualifizierten Personenkreis, der vielfach über einen Hochschulabschluss verfügt und seine besonderen fachlichen Kenntnisse und Berufserfahrungen der Aufnahmegesellschaft bereit stellt bzw. bereit stellen könnte. Insbesondere im Hinblick auf den sich in vielen Ar-

beitsfeldern abzeichnenden bzw. bereits vorhandenen Fachkräftemangel (Ingenieure, Lehrer oder Ärzte) ist dieses Potenzial von Bedeutung.

Den höchsten Anteil (ca. 70 %) an akademisch gebildeten Zuwanderern findet man unter den jüdischen Immigranten. Diese Zuwanderungsgruppe steht jedoch durch ihre Altersstruktur vielfach nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Spätaussiedler verfügen dagegen seltener (maximal 10 %) über einen im Herkunftsland erworbenen Hochschulabschluss. Auf Basis der in den vergangenen 16 Jahren erfassten Zuzugszahlen kann jedoch davon ausgegangen werden, dass in etwa 220.000 Spätaussiedler mit Hochschulausbildung nach Deutschland zugewandert sind.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen jedoch, dass für diese Zugewanderten – obwohl zahlreiche Fachkräfte in Deutschland gesucht werden – in vielen Fällen eine direkte berufliche Integration nicht möglich ist. Als Gründe hierfür sind beispielhaft hervorzuheben:

- Bei der **Anerkennung der mitgebrachten Abschlüsse** gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, zum Teil sogar innerhalb der Länder. Wurden früher noch viele der Studienabschlüsse deutschen Hochschulgraden gleichgestellt, verzichten nunmehr viele Anerkennungsbehörden darauf, eine inhaltliche Bewertung vorzunehmen. Vielmehr verweisen sie auf die von der **Zentralstelle für Ausländisches Bildungswesen im Sekretariat der Kultusministerkonferenz** gepflegte **Datenbank „Anabin“**, die über das Internet Auskunft darüber gibt, welcher Studienabschluss welcher Hochschule einem deutschen Studienabschluss gleichzustellen ist. Von Seiten der Anerkennungsbehörde wird nunmehr lediglich die Erlaubnis erteilt, den mitgebrachten Titel in der Originalform bzw. in transskribierter Form zu führen. Dies führt dazu, dass Arbeitgebern weitgehend die Orientierung über die Vergleichbarkeit von Abschlüssen fehlt und Kenntnisse der Bewerber/Innen nicht eingeordnet werden können.
- Der Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist als ein Grundförderangebot im Umfang von maximal 630 Stunden angelegt. Ziel des Kurses ist die Vermittlung von Sprachkenntnissen auf dem Niveau B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER). Die Vermittlung

von darüber hinausgehenden fachsprachlichen Deutschkenntnissen zur Erleichterung des Berufseinstiegs verläuft bisher in der Regel über ergänzende Sprachförderangebote außerhalb der direkten Zuständigkeit des Bundesamtes. Ein ausreichendes flächendeckendes Angebot zur Vermittlung von **fachsprachlichen Deutschkenntnissen** für hoch qualifizierte Zuwanderer besteht derzeit nicht. Bedarf besteht insbesondere an berufsspezifischen Fachsprachkenntnissen und der Fähigkeit der berufsbezogenen Kommunikation. Zunehmend stärker wirken sich auch fehlende Englischkenntnisse als Hemmnis der beruflichen Integration aus.

- Die in den letzten Jahren zugewanderten Migrantinnen und Migranten aus Osteuropa aber auch drittstaatsangehörige Bildungsinländer sind besonders von den in den Heilberufen noch bestehenden „Deutschenvorbehalten“ betroffen, die die Möglichkeit der Approbation grundsätzlich an die deutsche Staatsangehörigkeit knüpfen. Dies entspricht weder der zunehmenden Internationalisierung im Bereich der Heilberufe noch dem integrationspolitischen Interesse, die Approbationsmöglichkeiten für bestimmte, zweifellos qualifizierte Gruppen von Ausländern zu versperren.
- Kulturelle und sozialisationsbedingte Unterschiede sind die nachhaltigsten Hindernisse zum erfolgreichen Berufseinstieg. Eigeninitiative zu entwickeln und sich damit selber neue Perspektiven zu eröffnen ist vielen eher unbekannt, da in dem Herkunftsland nur selten gefordert. Auch Bewerbungen und die damit verbundenen Strategien der „Selbstvermarktung“ müssen erst in Deutschland erlernt werden, wenn solche Kompetenzen fehlen, werden häufig - trotz sehr guter fachlicher Eignung - andere Bewerbende bevorzugt. Systembedingte Unterschiede führen dazu, dass Zuwanderern Strukturen/Organisationsformen der deutschen Gesellschaft und Arbeitswelt unbekannt sind und den Berufseinstieg erschweren.

### **Ziele und laufende Maßnahmen**

Mit dem **Akademikerprogramm** und dem Garantiefonds-Hochschulbereich werden im Auftrag und mit Mitteln des **BMBF** sowie des **BMFSFJ** von der **Otto Benecke Stiftung e.V.** bereits seit mehr als 20 Jahren akademische Zuwande-

rinnen und Zuwanderer in den ersten 2-3 Jahren der Einreise nach Deutschland bei ihrer beruflichen Integration unterstützt bzw. Zuwandernde auf ein Hochschulstudium vorbereitet. Beim Akademikerprogramm stehen vor berufsspezifischen längeren Qualifizierungsmaßnahmen fachsprachliche Förderung, Orientierungshilfen mit Praktika sowie Seminare wie Bewerbungs- oder interkulturelle Trainings im Mittelpunkt. Studienergänzungen, die konzeptionell den Anforderungen des Arbeitsmarktes an die jeweilige Berufsgruppe Rechnung tragen, werden bundesweit in Kooperation mit ausgewählten Hochschulen durchgeführt. Sie sollen innerhalb eines kurzen Zeitraums (12-15 Monate) die Vermittlung der noch fehlenden Kenntnisse und somit die erfolgreiche Platzierung auf dem 1. Arbeitsmarkt ermöglichen. Die Erfolgsquote von ca. 70 % der Absolventinnen und Absolventen beweist, dass mit einem vergleichsweise geringen zusätzlichen Aufwand die berufliche Integration erreicht werden kann. Das Akademikerprogramm eröffnet Möglichkeiten der Weiterqualifizierung, wie sie für vergleichbar qualifizierte deutsche Arbeitslose bislang nicht zur Verfügung stehen. Dies hat zu der Überlegung geführt, **deutsche und zugewanderte Arbeitslose in gemeinsamen, aber in sich differenzierten Maßnahmen auf die Integration in das Beschäftigungssystem vorzubereiten**. Hiermit sollen neben der Vermittlung fachbezogener Kenntnissen und Kompetenzen der Erwerb der deutschen Sprache bei den Zugewanderten intensiviert und in beiden Gruppen die interkulturelle Kompetenz verbessert werden. Für die Zugewanderten bedeutet dies auch, dass die Integrationsbemühungen durch die gemeinsame Teilnahme bereits früher ansetzen als in den Maßnahmen des Akademikerprogramms, an denen Deutsche nicht teilnehmen können. Seit Oktober 2006 wird dieses Modell unter der Bezeichnung „**AQUA - (zugewanderte) Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt**“ in vier Berufsfeldern praktisch erprobt. Die Pilotmaßnahme erstreckt sich über 13 Monate, davon drei Monate in betrieblicher Praxis. Auch wenn nach der Hälfte der Laufzeit der Erfolg, insbesondere die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, noch nicht abschließend beurteilt werden kann, sind die Ergebnisse so ermutigend, dass im Oktober 2007 eine deutliche Ausweitung vorgesehen ist.

## **Handlungsempfehlungen**

Verbesserungen werden insbesondere zu folgenden Punkten vorgeschlagen:

- Erteilung von für Arbeitgeber „lesbaren“ und verständlichen Bescheiden der **Anerkennung von Studienabschlüssen und anderen Qualifikationsnachweisen** sowie Standardisierung von Prüfungsanforderungen,
- Harmonisierung der **Anerkennung der Bildungsnachweise und ausländischer Abschlüsse** in den Ländern, transparentere Gestaltung des Verfahrens auf Grundlage vergleichbarer und für alle Betroffenen nachvollziehbarer Standards,
- Ausbau und Intensivierung der **Sprachförderung** (höhere Unterrichtsstundenzahl, mehr Kommunikationstraining, berufsbezogene Fachsprache) unter Nutzung des **ESF-BAMF-Sprachprogramms** in der Förderperiode 2007-2013,
- Stärkere Einbeziehung der bereits in Deutschland lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer in die **beruflich-nachholende Integration**,
- stärkere **Einbindung der Wirtschaft** in die Integration hoch qualifizierter Zuwanderer und Zuwanderinnen,
- Sensibilisierung der Wirtschaft für die Arbeitsmarktrelevanz der bereits in Deutschland lebenden hoch qualifizierten Zuwanderinnen und Zuwanderer,
- Ausbau der interkulturellen Kompetenzen innerhalb der Unternehmen (und Personalabteilungen).

Darüber hinaus sollte die bisherige Form der staatlichen Förderung den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Dies betrifft nicht nur die Zahl der Geförderten insgesamt, sondern auch die Personengruppen: Bislang sind die Hilfen zur beruflichen Integration in den Richtlinien des BMBF zum Akademikerprogramm noch auf Spätaussiedler, jüdische Immigranten und Asylberechtigte begrenzt. Grundsätzlich müsste jeder Zuwanderer/ jede Zuwanderin, die mit einem Hochschulabschluss nach Deutschland kommt, an den Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen können. Vordringlich ist:

- die **Erweiterung des förderberechtigten Personenkreises** und



- der **Ausbau öffentlicher und privater Hilfen** zur Unterstützung der Integration – auch durch gemeinsame Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen deutscher und ausländischer Herkunft.

Das bisherige **Aufnahmeverfahren für Asylbewerber** beinhaltet keine Instrumente zur Erfassung mitgebrachter Qualifikationen. Dadurch wird die Möglichkeit für Geduldete und Asylsuchende, an bereits vorhandenen Qualifikationen anzuschließen, eher erschwert. Gerade aufgrund veränderter Fördermöglichkeiten für langjährig Geduldete sollte diese Frage sowohl rechtssystematisch Berücksichtigung finden, ebenso sollten neue qualifikationsanalytische Instrumente entwickelt und ihre Implementierung in Aufnahme- wie weitere Prüfverfahren geprüft werden.

Zu prüfen ist auch werden, in welcher Form Hilfen zur beruflichen Integration all denjenigen angeboten werden können, die bereits vor einigen Jahren nach Deutschland gekommen sind, jedoch bislang keinen erfolgreichen Berufseinstieg gefunden haben. Da auch hier nicht nur ein monetäres Interesse an der Einsparung erheblicher Sozialkosten besteht, sondern auch im Hinblick auf die mitgebrachten Kernkompetenzen vielfältige Einsatzmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt verbunden sind, sollten auch solche Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, die einen **Berufseinstieg auf mittlerer Ebene** ermöglichen, wenn eine berufliche Position auf dem Niveau des mitgebrachten Hochschulabschlusses nicht mehr erreichbar erscheint.

## V. Migrations- und Integrationsforschung stärken: Faktoren gelingender Integration untersuchen, Datenbasis verbessern

Mit der Entwicklung Europas zu einer der bedeutendsten Zuwanderungsregionen der Welt sind Migration und Integration auch in Deutschland zu wichtigen Forschungsthemen geworden. Die Entwicklung der Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland spiegelt dabei ein Stück weit den Verlauf der Migrationsprozesse wider. Die sich allmählich durchsetzende Einsicht, dass internationale Migration, Zuwanderung und Integration strukturelle Phänomene der modernen Gesellschaft und kein vorübergehendes Phänomen sind, hat zu einer Institutionalisierung der Migrations- und Integrationsforschung in unterschiedlichen Fachdisziplinen geführt.

### Ausgangslage

- Neben einzelnen Forschern/innen, die sich aus jeweils disziplinspezifischer Perspektive mit verschiedensten Themen in diesem Feld beschäftigen, gibt es mittlerweile auch eine Reihe von **multi- bzw. interdisziplinär ausgerichteten Forschungsinstitutionen**, wie z.B. das „European Forum for Migration Studies“ (efms, Bamberg), das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS, Universität Osnabrück), das Institut für Migrationsstudien, Interkulturelle Pädagogik und Zweisprachendidaktik (IMAZ, Universität Duisburg-Essen), das Interdisziplinäre Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM, Universität Oldenburg), die interdisziplinäre Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt, Universität Köln), oder das neu gegründete Regionale Forschungsforum Migration (Universität Bre-

men/Universität Oldenburg). Darüber hinaus wurde auch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Forschungsgruppe eingerichtet.

- In zahlreichen **wissenschaftlichen Vereinigungen** (z.B. Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Deutsche Vereinigung für politische Wissenschaft, Deutsche Gesellschaft für Demographie) sind Arbeitsgruppen oder Sektionen dauerhaft mit Migration und Integration befasst. Gleichzeitig treten immer **neue Strukturierungen und internationale Kooperationsnetze** hervor – zuletzt das vom Institut für Migration und Ethnische Studien (IMES)/Amsterdam initiierte europaweite Network of Excellence „International Migration, Integration and Social Cohesion in Europe“ (IMISCOE).
- **Lehrveranstaltungen** zur Thematik „Migrations- und Integrationsforschung“ werden an Universitäten und Fachhochschulen von verschiedenen Disziplinen angeboten. Das Angebot erfolgt häufig nicht regelmäßig und systematisch sowie teilweise ohne Vermittlung von Berufsperspektiven. Ausnahmen bilden die an zahlreichen Universitäten (z.B. in Hamburg, Münster, Essen, Köln, FU Berlin, Landau) etablierten Diplomstudiengänge mit den Schwerpunkten „Interkulturelle Pädagogik“, die inzwischen vielfach im Rahmen der Umstellung auf entsprechende Bachelor- und Masterstudiengänge umgewandelt oder als Module in neue Masterprogramme mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung eingebunden wurden.
- Seit dem Wintersemester 2005/2006 existiert z.B. an der Universität Osnabrück der **Master-Studiengang** „Internationale Migration und interkulturelle Beziehungen (IMIB). Dieser Studiengang ist interdisziplinär ausgerichtet unter Beteiligung der Disziplinen Soziologie, Geschichtswissenschaft, Sprachwissenschaft, Erziehungswissenschaft, Geographie, Psychologie, Rechtswissenschaft und Religionswissenschaft. Weitere Studiengänge dieser Art sind im Entstehen, etwa an der Universität Oldenburg.
- Eine gezielte Förderung **wissenschaftlichen Nachwuchses** im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung fand über neun Jahre im von 1995 bis 2005 von der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** geförderten Graduiertenkolleg ›Migration im modernen Europa‹ am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück statt. Insgesamt

konnten hier 44 direkt und über andere Stipendien kooptierte Kollegiatinnen und Kollegiaten sowie drei Post-doc-Forscherinnen und Forscher gefördert werden. Auch im Rahmen der seit 2003 von der **VW-Stiftung** geförderten interdisziplinären und internationalen Studiengruppen zum Thema „Migration und Integration“ werden zahlreiche Nachwuchswissenschaftler und –wissenschaftlerinnen weiter qualifiziert.

- Die Forschung operiert mit einer Vielzahl von **Integrations-Konzepten** (z.B. Akkulturation, Akkomodation, Assimilation, Inklusion etc.) und diversen Definitionen des Begriffs „Integration“ selbst. Ein übergreifender Konsens, was unter Integration zu verstehen sei, scheint schwierig, weil Integration sowohl ein normatives als auch ein analytisches Konzept darstellt und die dabei als wichtig erachteten Aspekte und Dimensionen sich im Verlauf der Zeit verändern. Eine allgemein akzeptierte Theorie der Integration zu entwickeln, dürfte kaum möglich sein. Es bleibt die Aufgabe, eine operationale Arbeitsdefinition zu entwickeln, die über den engeren Forschungsbereich hinaus praktische Relevanz hat, d.h. auch in Politik, Öffentlichkeit und bei den Praktikern der präventiven, begleitenden und nachholenden Integrationsarbeit verwendet werden kann.

### **Ziele und Anforderungen an die Forschung**

- **Vergleichende Untersuchungen** zur sozialstrukturellen Position und zu den Lebenschancen von Migranten in verschiedenen Zuwanderungsländern zeigen, dass es unterschiedliche Erfahrungen mit der Eingliederung von Migranten gibt. Dabei hängen die Chancen struktureller Integration in die gesellschaftlichen Funktionsbereiche sowie die Möglichkeiten der Partizipation von einem komplexen Bedingungsgeflecht ab. Diese vielfältigen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen (auf Seiten der Zuwandererbevolkerung wie der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund) werden in politischen Programmen zur Integration in der Regel nur unzureichend berücksichtigt. Forschung, die an diesen Fragen ansetzt, muss daher diese Bedingungen möglichst umfassend in die Analyse mit einbeziehen und die gegenseitigen Beeinflussungen klären. Während es eine große Anzahl von Forschungen zu Fragen struktureller Integration gibt (Arbeitsmarkt, Unternehmertum, Staatsbürgerschaft), fehlen weitgehend Studien zu den Folgen von

Politiken, die strukturelle Integration fördern sollen und in Verbindung damit zur Eigendynamik von Integrations- und Assimilationsprozessen, deren Verlauf jeweils nur bedingt Ergebnis fördernder Intervention ist.

- Eine besondere Rolle bei Integrationsprozessen kommt dem **Faktor Zeit** zu. Ergebnisse der amerikanischen und europäischen Forschungsdiskussion zeigen, dass sich die Integrationsverläufe der jüngeren Einwanderergenerationen trotz durchaus unterschiedlicher sozialer, politischer und kultureller Rahmenbedingungen nicht grundsätzlich von denen der Generationen früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte unterscheiden. Entsprechend sollten **Integrationsverläufe** als häufig lebensfüllende Langzeitentwicklungen sowie auch als intergenerative Kultur- und Sozialprozesse verstanden und beobachtet werden.
- Die **Integrationsforschung** ist immer noch stark auf die Analyse von Problemen konzentriert bzw. von einer Defizitperspektive geprägt, die sich in Alarmbegriffen wie soziale Herausforderung, Konflikt, Abgrenzung, Defizienz, Desintegration, Krise, Erosion, Parallelgesellschaft etc. spiegeln. Die verkürzte Fokussierung auf Phänomene wie Kriminalität und Gewalt oder Devianz und Traditionalismus bei Zuwanderern vermittelt aber der Politik ein einseitiges Bild und lenkt sie damit zur Verstärkung restriktiver/repressiver Maßnahmen. Notwendig ist eine sorgfältige, auf empirisch belastbare Ergebnisse zielende Untersuchung von Störungen in laufenden Integrationsprozessen sowie von bislang vorwiegend publizistisch skandalisierten, aber nicht zureichend untersuchten Phänomenen wie beispielsweise der fließenden Grenze von „vermittelten Ehen“ und „Zwangsheiraten“ in bestimmten sozialen oder kulturellen Segmenten der Einwandererbevolkerung . Sorgfältige wissenschaftliche Untersuchung ist das beste Mittel zur Erkundung der Ausnahme/Regel-Konstellation und gegen publizistische Hysterie.
- Die Konzentration auf die Defizitperspektive verstellt den Blick auf eine **empirisch fassbare Wirklichkeit der Migrations- und Integrationsverhältnisse**, die diese einseitige Betonung nicht rechtfertigt. So haben z.B. einige jüngere Arbeiten darauf hingewiesen, dass sich insbesondere in den europäischen Nationalstaaten eine hohe Toleranz gegenüber kultureller Pluralisierung, den damit verbundenen regionalen, ethnischen oder nationalen Formen der Artikulation kollektiver Zugehörigkeit sowie migrationsinduzierter Mehrsprachigkeit

entwickelt hat. Mit Blick auf künftige politische Gestaltungsperspektiven erscheint es deshalb nötig, die – in aller Regel unauffälligen und deshalb analytisch viel schwerer zu greifenden – Normlagen der Integration sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Integrationspotentiale der sich herausbildenden und stets wandelnden Einwanderungsgesellschaft stärker in den Blickpunkt der Forschung zu rücken.

- Neben der Konzentration auf Integrationsprozesse von Migranten sollten auch die **Veränderungsprozesse der Einwanderungsgesellschaft** durch Zuwanderung und Integration untersucht werden. Aktuelle Analysen zur Ausrichtung der Integrationsforschung machen deutlich, dass der Einfluss von Zuwanderung auf die Sozialstruktur der Aufnahmegesellschaft (vertikal im Sinne von ethnischer Schichtung und horizontal im Sinne von sozialer Differenzierung) kaum erforscht ist. Das gleiche gilt für die Frage nach dem Einfluss von Zuwanderung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Kohäsion) der Aufnahmegesellschaft im Kontext wirklicher oder antizipierter ethnisch-kulturell-religiös motivierter Konflikte und ihrer Lösung.

### **Handlungsempfehlungen**

Die **Bundesregierung** wird die Migrations- und Integrationsforschung im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch die wettbewerbliche Vergabe von Studien- und Forschungsaufträgen weiter gezielt fördern.

Erforderlich sind interdisziplinäre Forschungsanstrengungen in folgenden Bereichen:

- Erkundung der **Bestimmungsfaktoren, Entwicklungsbedingungen und Entwicklungslinien von Integration** als eigendynamischem und interdependentem, langläufigem, intergenerativem Kultur- und Sozialprozess mit fließenden Grenzen zur Assimilation. Um dies zu erforschen, wird, stärker als bisher, ein Akzent auf qualitativ und quantitativ angelegte Längsschnittstudien zu legen sein. Gerade sie sind in der Lage, wissenschaftlich fundierte Aussagen zu kurz- oder langfristig wirksamen Phänomenen im Integrationsgeschehen vorzunehmen. Dazu bedarf es einer konsequenten Berücksichtigung der Variablen „Migrationshintergrund“ auch bei sozialwissen-

schaftlichen Untersuchungen, die nicht im Rahmen expliziter Migrations- und Integrationsforschung durchgeführt werden.

- **Entwicklung, Erprobung und Evaluierung** von Konzepten zur Integrationsförderung mit Maßnahmen begleitender präventiver sowie nachholender Integrationspolitik.
- Evaluierung der Leistungsfähigkeit von konzeptorientierter **kommunaler Integrationspolitik**. Obwohl die Kommunen die entscheidenden Moderatoren der Integration sind, existiert eine Informationslücke hinsichtlich der Umsetzung und der Ergebnisse von Integrationsmaßnahmen. Daher sollten die laufenden Bemühungen um die Identifizierung geeigneter Datengrundlagen und die kontinuierliche Datenerhebung für die Beobachtung der laufenden Integrationsprozesse intensiviert werden. Auch die Entwicklung der bereits bestehenden Ansätze zur Integrations(daten)berichterstattung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sollte intensiviert werden.
- Erprobung der Belastbarkeit von in der internationalen Forschungsdiskussion entwickelten **Indikatoren für die Einschätzung laufender Integrationsprozesse**.
- Kontinuierliche wissenschaftliche Prozessbeobachtung und Interventionsberatung durch ein streng wissenschaftlich zusammengesetztes **interdisziplinäres Gremium** auf Bundesebene.

## **VI. Mitglieder der Arbeitsgruppe**

### **Leitung:**

**Michael Thielen**, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

**Dr. Susanna Schmidt**, Leiterin der Abteilung Strategie- und Grundsatzfragen im BMBF

**Prof. Dr. Klaus Bade**, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS),  
Universität Osnabrück

**Dr. Christian Bode**, Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes  
Dr. Dorothea Rüländ, stellv. Generalsekretärin des Deutschen Akademischen Austausch-  
dienstes

**Dr. Christiane Gaethgens**, Generalsekretärin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)  
Dr. Michael Harms, Hochschulrektorenkonferenz

**Johannes Glembek**, Bundesgeschäftsführer des Bundesverbands ausländischer Studie-  
render,

**Achim Meyer auf der Heyde**, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks,

**Prof. Dr. Anthony Ho**, Universität Heidelberg,

**Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu**, Universität Bremen

**Dr. Axel Kreienbrink**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesamt für Migration und  
Flüchtlinge,

**Dr. Lothar Theodor Lemper**, Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Beneke Stif-  
tung e. V.

**Dr. Bernhard Lorentz**, Geschäftsführer der Vodafone Stiftung Deutschland,

**Dr. Heinrich Neugebauer**, Verein zur Integration russlanddeutscher Aussiedler

**Prof. Dr. Faruk Sen**, Zentrum für Türkeistudien

Dr. Andreas Goldberg, Zentrum für Türkeistudien



**Dr. Andreas Schlüter**, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft  
Dr. Volker Meyer-Guckel, stellv. Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

**Dr. Sebastian Schmidt**, Geschäftsführer der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF)

**Dr. Georg Schütte**, Generalsekretär der Alexander von Humboldt Stiftung,  
Dr. Ulrike Albrecht, Leiterin der Abteilung strategische Planung und Außenbeziehungen der Alexander von Humboldt Stiftung

**Malgorzata Wiktoria Steiner**, Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes ,

**Für die Kultusministerkonferenz:**

**MinDirig Dr. Wolfgang Eberbach**, Thüringer Kultusministerium

**MinDirig Heiner Kleffner**, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Arbeitsgruppe wurde unterstützt von: Elke Albrecht (BMBF), Kathrin Ankele (Vodafone-Stiftung), Ralf Birle (BMBF), Berit Dannenberg (HGF), Dr. Dorothea Fohrbeck (Arbeitsstab der Migrationsbeauftragten), Dr. Birgit Galler (BMBF), Dr. Berthold Neizert (Max-Planck-Gesellschaft), Dr. Rolf Reinert (BMBF), Thomas Schmidt (Kanzleramt), Ulrich Schüller (BMBF)

Redaktion: Dr. Ulrich Jahnke, BMBF